

# PRESSEMITTEILUNG

24. September 2013

Nach der Wahl: Wohnungsbau-Versprechen in die Tat umsetzen

## Neue Koalitionspartner müssen an der „Baustelle Wohnungsbau“ arbeiten

Nach der Wahl ist mitten im Wohnungsbau-Problem: Die neue CDU-/CSU-geführte Bundesregierung soll den Wohnungsbau *zu einem der* Top-Themen ihrer künftigen Regierungsarbeit machen. Das fordern Bau- und Immobilien-Verbände unmittelbar nach der Wahl.

Die jetzt anstehenden Koalitionsverhandlungen würden zur Nagelprobe, ob es die künftigen Koalitionsparteien mit energieeffizientem und sozial ausgerichtetem Wohnungsbau ernst meinen oder ob es bei einem bloßen „Wahl-Lippenbekenntnis“ bleibe. Angesichts von Wohnungsknappheit und *steigender Angebotsmieten* in *einigen* Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten sei die neue Bundesregierung gezwungen, sofort zu handeln. Insbesondere dem Wohnungsbau müsse ein „besonderes Gewicht bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen verliehen werden“. Deutschland habe hier eine seiner größten „politischen Baustellen“.

Defizite gebe es insbesondere beim sozialen Wohnungsbau. Hier sei eine Steigerung der Förderung von derzeit lediglich 30.000 Wohnungen auf mindestens 130.000 Wohnungen, *davon ca. 60.000 neue Sozialmietwohnungen*, pro Jahr notwendig. Ebenso der altersgerechte Wohnungsbau: Bundesweit müssten in den kommenden Jahren 2,5 Millionen barrierearme Wohnungen neu entstehen. Um notwendige Investitionen in den Wohnungsbau zu erreichen, sei es unerlässlich, die steuerliche Attraktivität zu erhöhen. *Das Wahl-Versprechen der CDU/CSU, die degressive AfA wieder einzuführen, muss daher schnellstmöglich umgesetzt werden. Eine sinnvolle Alternative dazu wäre es, die lineare AfA zu verdoppeln. Ebenso müsse das energetische Bauen und Sanieren wirtschaftlich sinnvoll und in der Förderung, auch steuerlich, deutlich stärker vorangetrieben werden.*

Die vergangenen vier Regierungsjahre *seien „nicht genutzt worden*, um durch einen bedarfsgerechten Wohnungsbau einen spürbaren Beitrag zur Einstellung auf den Klima- und demografischen Wandel zu leisten - hier müsse es eine Kehrtwende geben“, so das Verbändebündnis. In ihm haben sich der Deutsche Mieterbund (DMB) und die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), der Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) sowie der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB), die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) und der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) zusammengeschlossen. Das Verbändebündnis kündigte an, die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen kritisch und konstruktiv zu verfolgen.

Koordination  
Deutsche Gesellschaft  
für Mauerwerks- und  
Wohnungsbau (DGfM)

Dr. Ronald Rast  
DGfM-Geschäftsführer  
Kochstraße 6-7  
10969 Berlin

Pressestelle  
Tel.: 030 / 28 87 99 93  
Fax: 030 / 28 87 99 55  
E-Mail:  
[wohnungsbau@presse-themen.de](mailto:wohnungsbau@presse-themen.de)

